

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:  
Karl H o n a y

362  
4. weite Ausgabe

Wien, Freitag, den 21. Oktober 1927.

## WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 21. Oktober 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr die Sitzung. Dem Gemeinderat liegt eine umfangreiche Tagesordnung vor, zu der 42 Redner der Parteien der Einheitsliste zum Wort gemeldet sind. Zunächst wird ohne Debatte eine Reihe von Anträgen, die Ankäufe von Waldbesitz und Gründen, die Ausgestaltung der Grossmarkthalle, Strassenbauten und Strassenherstellungen, die Subvention der österreichischen Gesellschaft für Bevölkerungspolitik und Fürsorgewesen, der Österreichisch-deutschen Arbeitsgemeinschaft, des Zentralverbandes der Zivilinvaliden und der Delegation der Künstlervereinigungen Oesterreichs und schliesslich die Vergabung eines Darlehens an die Betriebs- und Betriebsmittelgenossenschaft konzessionierter Dienstwänner "Elektrodienstmann" betreffen, angenommen.

Nun ergreift Bürgermeister Seitz das Wort zu folgender Erklärung: Es ist mir vor einiger Zeit gemeldet worden, dass bei zwei Gemeindebauten Senkungen stattgefunden haben. Ich habe sofort angeordnet, dass eine genaue Prüfung stattfindet und ein Bericht des Stadtbauamtes erstattet werde. Auch der zuständige Gemeinderatsausschuss hat sich selbstverständlich zunächst vertraulich mit dem Gegenstande befasst. Heute Früh ist nun plötzlich in einer Zeitung eine allerdings unrichtige Mitteilung darüber enthalten gewesen. Das betreffende Zeitungsunternehmen hat sodann im Laufe des Tages überdies eine Extraausgabe in den Strassen der Stadt verbreitet, das diesen Gegenstand in sensationeller Aufmachung bespricht, sodass wirklich die Gefahr naheliegt, dass bei mangelnder Kenntnis des Gegenstandes die Bevölkerung beunruhigt werden könnte. Ich setze daher den Bericht des Stadtbauamtes sofort auf die Tagesordnung und bitte den derzeit die Geschäfte der Gruppe 5 führenden Stadtrat Breitner darüber zu referieren.

St.R. Breitner: Der Gemeinderat wird gewiss nicht erwarten, dass ich mich hier als Fachmann über technische Fragen und vor allem über ein so schwieriges technisches Problem aufspiele. Ich habe lediglich die Beratung einzuleiten, weil dies den Vorschriften der Verfassung entspricht. Als Vertreter dieses Ressorts muss ich aber feststellen, dass das Stadtbauamt von den Erscheinungen bei diesen Bauten nicht etwa in dem Sinne überrascht worden ist, dass es etwa erst zur Kenntnis der Senkungen gelangt wäre, als dieselben schon eine weitere Entwicklung genommen hatten. Vielmehr war es das Stadtbauamt selbst, das vom ersten Anbeginn Höhenmessungen und Nivellements, die ja bei jedem Bau unausgesetzt stattfinden, die über das normale Mass hinausgehenden Senkungen festgestellt hat. Das Stadtbauamt war es selbst, das die Vorkehrungen getroffen hat, um die mit der zunehmenden Belastung natürlich stärker in Erscheinung tretenden Setzungen zu beenden. Die diesbezüglichen technischen Arbeiten sind bereits seit Wochenfrist abgeschlossen und es sind bei den Bauten neue Setzungen oder sonst Erscheinungen, die irgendwie zur Beunruhigung Anlass geben, nicht aufgetreten. Das Stadtbauamt ist aber über dieses Mass der Pflichterfüllung noch hinausgegangen und hat den Professor an der Technischen Hochschule in Wien Ingenieur Dr. Saliger, der europäischen Ruf geniesst damit beauftragt, die beiden Bauten zu überprüfen. Es wurde veranlasst, dass dies in der schrankenlosesten Weise geschieht, so dass nunmehr einem allerersten Fachmann Gelegenheit geboten wird, sein Urteil zu fällen, das selbstverständlich für alle etwa noch zu treffenden Massnahmen bestimmend sein wird. Im technischen Ausschuss ist am Mittwoch von den Kollegen Biber und Millik diese Sache zur Sprache gebracht worden. Damals hat schon der Stadtbaudirektor die fachlichen Aufschlüsse gegeben. Die Herren haben den Wunsch geäußert

dass Mitglieder des technischen Ausschusses Gelegenheit erhalten, sich an Ort und Stelle selbst ein Bild über diese Setzungen und dadurch entstandenen Wirkungen zu machen. Diesem Verlangen wurde selbstverständlich ohne weiteres entsprochen und die beiden genannten Herren haben unter Zuziehung der beiden Gemeinderatsmitglieder der Mehrheit Böhm und Iser gestern dieses Bauwerk in der Heiligenstädterstrasse eingehendst besichtigt. Diese Besichtigung hat nach dem hier erstatteten Bericht von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags gedauert. Es ist dann die Anregung gemacht worden, dass diese vier Herren heute um 4 Uhr neuerlich beim Stadtbaudirektor zusammentreten, um sich über ihre Eindrücke zu äussern und allenfalls Anregungen zu geben, kurz um diese Gelegenheit zu besprechen. Dieser Vorgang hätte es ermöglicht, dass Mitglieder des Gemeinderatsausschusses, die Fachleute sind, diese Sache als technisches Problem erörtern. Gemeinderat Biber hat seine Anfrage im Gemeinderatsausschuss mit den Worten eingeleitet, es liege ihm ferne, die Bevölkerung zu alarmieren. Bedauerlicherweise ist aber diese Aussprache abgesagt worden und das technische Problem wurde politisiert. Ich glaube aber, dass es gerade für den Wiener Gemeinderat notwendig ist, die Erörterung wieder auf den Boden der Sachlichkeit zurückzuführen. Ich richte daher an den Bürgermeister die Bitte, er möge gestatten, dass der Stadtbaudirektor dem Gemeinderat alle Aufschlüsse in rückhaltsloser Weise erteile (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Bürgermeister Seitz erteilt nun dem Stadtbaudirektor Ingenieur Dr. Musil das Wort, der ausführt:

Um die beiden hier kritisierten Fälle stärkerer Setzungen und das dabei zur Anwendung gekommene Fundierungssystem gerecht zu würdigen, ist es notwendig, mit einigen Worten auf die Entstehungsgeschichte solcher Fundierungen hinzuweisen. Ehe die Technik einen so hohen Stand der Entwicklung erreicht hatte, wie in den letzten fünfzig Jahren, hat man entweder Oertlichkeiten, deren Untergrund als schlecht bekannt war, von Bauten ganz frei gelassen oder nur ganz leichte, untergeordnete Bauten darauf gestellt. Diese Verschwendung von Bauland kann sich naturgemäss eine Grossstadt nicht leisten. Hier muss wohl oder übel jeder Boden, wenn es die Verhältnisse erfordern, bebaut werden. Es sind deshalb die Techniker in den letzten Jahrzehnten bemüht gewesen, Fundierungsmethoden zu entwickeln, die auch mindertragfähigen Boden heranzuziehen erlaubten. Ehe man den Beton kannte, war dies sehr schwierig und es blieb nichts übrig, als in Schächten einzelne Pfeiler abzutüfen und diese dann durch Mauergurten zu verbinden. Dort, wo der Baugrund jedoch in solcher Tiefe war, dass man ihn mit diesen Pfeilern nicht gut erreichen konnte, hat man hölzerne Pfähle gerammt. Darauf wurde dann ein hölzerner Rost gelegt und darüber aufgemauert. In dieser Art sind hunderte von Häusern in Wien fundiert worden. Dies hat freilich das unerfreuliche Ergebnis, dass diese Pfähle vielfach im Laufe der Jahre infolge Veränderung der Grundwasserstände verfault sind, und diese Bauten nachträglich verschiedene Setzungen und Rissbildungen durchzumachen haben.

Es ist nun ein gewaltiger Fortschritt, dass man von diesen Pfählen abgekommen ist. An Stelle des Holzpfahles ist der Eisenbetonpfahl getreten. Etwa bis zum Jahre 1900 hat man noch dort, wo angeschütteter Boden vorlag, die Häuser auf schwere Betonplatten gestellt, eine Bauweise, die nach der heutigen Anschauung als wenig wirtschaftlich und jedenfalls sehr zeitraubend zu bezeichnen ist. Schon damals setzten die Bestrebungen ein, die Betonplatten durch Betonpfeiler zu ersetzen. Ursprünglich hat man die Betonpfeiler auf der Baustelle geschalt, mit Eisen bewehrt, gestampft und dann durch Wochen, bis zur nötigen Erhärtung liegen gelassen. Diese Pfähle wurden dann mit schwerster und ungeheuer hoher Ramme bis in den tragfähigen Untergrund

2

hinuntergeschlagen, ein Vorgang, der ausserordentlich zeitraubend und kostspielig ist. Die Techniker waren daher weiter bemüht, Verbesserungen einzuführen. Eine solche bahnbrechende Verbesserung ist in der Einführung eines kegelförmigen zylindrischen Pfahles zu erblicken. Während der zylindrische Pfahl unbedingt bis in den tragfähigen Grund geschlagen werden muss und nur so viel Last aufnehmen kann, als er mit Sicherheit auf diesem Boden zu übertragen vermag, ist dies beim konischen Pfahl grundsätzlich anders. Die nach unten spitz zulaufenden Mantelflächen dieses Konuspfahles bewirken beim Rammen eine Bodenverdichtung und lösen daher einen sehr starken Widerstand des Erdreiches aus, unbekümmert darum, ob dies die tragfähigen oder mindertragfähigen Schichten sind. Die neuere Pfahltechnik macht sich also den Bodenwiderstand der konischen Pfähle zunutze und verzichtet darauf, diese Pfähle durch die weniger guten Schichten in den gewachsenen Boden zu treiben. Die so geschlagenen schwebenden Pfähle brauchen dann nur in ihren Köpfen durch einen kräftigen Betonrost zur gemeinsamen Tragwirkung und zum Lastenausgleich verbunden zu werden und man kann über diesen Betonrost auch vielstöckige Bauwerke aufmauern.

Dieses Prinzip also ist es, das bei den beiden in Rede stehenden Gemeindebauten angewendet wurde. Es handelt sich dabei durchaus um kein unerprobtes System. Auf Wiener Boden reichen die Anwendungen dieses Systems zurück bis in das Jahr 1904. In diesem Jahr wurde beispielsweise in der Gegend des ehemaligen Hugelbrunn in einem sehr schlechten Gelände die Häuser Schönburgstrasse 44 und 46 bereits schwebend auf Betonpfählen fundiert und darüber dann eine Betonplatte gelegt. Diese Bauten haben sich sehr gut gehalten, während die Nachbarhäuser, nämlich Schönburgstrasse 38, 40 und 42, die auf einer 1.50 Meter starken Betonplatte im Jahre 1902 ohne solche Pfähle fundiert waren, sich derart setzten, dass die Hauptmauern um 15 Centimeter aus dem Lot gerieten. Ja von einem der benachbarten Bauten ist das Mass der Schiefstellung von 35 Centimetern bekannt geworden.

Es handelt sich also bei der Fundierung der Bauten Heiligenstädterstrasse und Hagenmüllergasse keineswegs um ein neues System, sondern die Fundierungsmethode ist in vielen Dutzenden von Fällen auf Wiener Boden und anderen Orts mit grösstem Erfolg angewendet worden. Im Jahre 1904 wurde das Haus Biberstrasse 20 im angeschütteten Boden von 11 Meter Mächtigkeit darunter Schlamm mit Grundwasser, im selben Jahr das Palais der Bodenkreditanstalt in der Teinfaltstrasse, das auf historischem Boden liegt, auf zahlreichen Minengängen aus dem Mittelalter errichtet. Ich könnte eine ganze Liste von solchen Häusern anführen. Ich will nur noch darauf verweisen, dass in München 1926/1927 ein 12 Stock hohes Bürohaus in dieser Art fundiert wurde. Die Gemeinde Wien hat im Jahre 1924 erstmalig einen Wohnhausbau in dieser Art fundiert, im Jahre 1925 wurden zwei, im Jahre 1926 sechs und heuer neun Wohnhausbauten nach diesem System fundiert. Das Neue an dieser Fundierung ist eigentlich nur eine Maschine, die von ihrem Erfinder, den als Fundierungsfachmann gerade auf dem Gebiet der Pfahlfundierung europäischen Ruf besitzenden Baudirektor Ingenieur Stern in den letzten Jahren zu einer hohen Vollendung gebracht wurde. Diese Maschine erlaubt die Konuspfeiler in überraschend kurzer Zeit zu schlagen. Die Überlegenheit ist nicht nur eine wirtschaftliche, dieser Gesichtspunkt dürfte bei den Gemeindebauten niemals den Ausschlag geben und hat ihn auch niemals gegeben, sondern diese Fundierungsmaschine macht die Baustelle in hohem Mass von den Witterungsverhältnissen, Vorbereitungsarbeiten, schwierigen Pflanzungen, vom Vorsorgen zur Grundwasserhaltung u.s.w.

unabhängig. Wenn bei diesen beiden Bauten, wider Erwarten, stärkere, ungleichartige Setzungen eingetreten sind, so ist nicht das gewählte Fundierungssystem als solches schuld und zu verurteilen, sondern es zeigt sich eben, dass trotz massenhafter und lückenlos erfolgreicher Anwendung einer Methode vereinzelt und überraschend immer noch ein Umstand auftreten kann, den die Technik noch nicht vollständig geherrscht. Ähnliche Erscheinungen haben wir auf allen Gebieten der Technik zu verzeichnen. Es handelt sich also hier offenkundig um eine singuläre Erscheinung. Bei dem Bau in der Hagenmüllergasse ist die Senkung einer Mauer zu verzeichnen und die Bauleitung hat diese Senkung schon von allem Anfang an beobachtet. Jetzt ist auch diese Senkung, nachdem die Fundierung verbessert wurde, vollständig zum Stillstand gekommen. Auch in der Heiligenstädterstrasse haben sich Senkungen gezeigt aber auch da ist mit Sicherheit zu erwarten, dass diese Senkungen nicht weiter um sich greifen. Die Bauleitung weiss genau was sie zu tun hat, um aber die Oeffentlichkeit vollkommen zu beruhigen, wurde der bekannte Baufachmann Professor Saliger herangezogen, damit auch er als Kapazität auf diesem Gebiet eingreifen könne. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass Professor Saliger etwas katastrophales finden könnte. Ich möchte mit dem Hinweis schliessen, dass so bedauerlich diese ungleichartigen Setzungen bei diesen Bauten sind, doch gar keine Veranlassung zur Beunruhigung vorliegt. Es ist auch unrichtig, dass bei den städtischen Bauten auf Kosten der Sicherheit mit Material gespart werde, oder schlechtes Material genommen wird. Es liegt gar kein Grund zu irgendwelcher Beunruhigung vor. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR. Biber (E.L.): Der Herr Baudirektor hat uns einen Vortrag über Pilotage gehalten. Ich weiss nicht, ob der Gemeinderat hiezu das richtige Forum ist. Wir haben uns hier vor allem damit zu befassen, ob die Verwaltung der Stadt ordentlich geführt wird, und haben gar kein Bedürfnis gehabt, einen technischen Vortrag zu hören. Wenn wir das wollen, dann wissen wir schon, wo wir hinzugehen haben.

Ich kann auch dem Herrn Baudirektor nicht in allem Recht geben. Er hat uns erzählt, dass Ingenieur Stern eine Weltberühmtheit ist. Darüber sind aber die Meinungen sehr geteilt. Der Baudirektor, der in öffentlicher Gemeinderatssitzung spricht, müsste sich ein solches Urteil doch mehr überlegen. Der Baudirektor hat auch das System, das hier angewendet wurde, als vorzüglich bezeichnet. Es wird uns gesagt, dass dieses System sich sehr bewährt habe. Ja will man uns denn hier zum Narren halten? Wir werden zeigen, wie skandalös, ja geradezu katastrophal die Zustände auf den städtischen Bauten sind. Der Herr Baudirektor hat uns auch gesagt, dass Professor Saliger von der Technik als ein anerkannter Fachmann berufen wurde und dass das eine ganz besondere Vorsicht sei. Es ist eigentlich zum Ärgern, wenn man so etwas hier sagt, das Bauamt, das einmal die schönsten Bauten aufgeführt hat, das braucht heute den Professor Saliger, um sich ein Gutachten für ein dalkertes Fundament eines Wohnhausbaues zu sichern. Die beiden Bauten sind das gewöhnlichste was man sich auf dem Gebiet des Bauwesens vorstellen kann. Ein technisches Problem ist da gewiss nicht zu lösen. Sie werden doch nicht glauben, dass die Wiener Bevölkerung Ihnen die Zuziehung des Professors Saliger als eine Massnahme der Vorsicht auslegt. Das ist nichts anderes, als die Not des Bauamtes. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Das Bauamt weiss nicht mehr was es machen soll, weil eine Katastrophe da ist, wie sie Wien noch nicht gewesen hat. (Beifall bei der Minderheit und Lachen bei der Mehrheit). Ich werde Ihnen hier sagen,

was wir auf dem Bau gesehen haben. Waisen Sie mir dann nach, dass ich gelogen habe und lachen Sie dann. (Beifall bei der Minderheit). Ganz unverständlich ist es, wenn der Baudirektor sagt, dass diese Satzungen vorgelesen wurden. Das ist mehr als unfassbar. Es weiss doch jedes Kind, dass bei jedem Bau Satzungen vorkommen, dazu brauchen wir keinen Vortrag des Baudirektors. Aber diese Satzungen haben gar nichts zu tun mit den katastrophalen Sanktionen, die auf diesen beiden Bauten festzustellen sind.

Gegenüber dem Baudirektor, der das System als ein glänzendes bezeichnet, müssen wir feststellen, dass hier eine Schlamperlei des Stadtbaumeisters vorliegt, (Zustimmung bei der Opposition). Da sowohl Zeitungen über die Vorkommnisse an die Baustellen schrieben als auch Augenzeugen uns darüber berichteten, haben wir es als unsere Pflicht gehalten die Sache im technischen Ausschuss zur Sprache zu bringen. Bescheidener kann man schon nicht mehr sein. Die Erklärung des Stadtbaudirektors, der bemüht war, diese Vorkommnisse auf Zufälligkeiten zurückzuführen hat uns nicht befriedigt und deshalb sind wir an die Baustellen selbst gegangen. Schon als uns in der Baukanzlei die Pläne über die Pilotierung gezeigt wurden war das die erste Ueberraschung. Während uns in der Ausschusssitzung die Sache als ganz unwesentlich dargestellt wurde, haben wir aus dem Plan feststellen können, dass eine Mittelmauer in der Ausdehnung von rund hundert Längenern, also der wesentlichste Tragteil des Hauses im Versenken begriffen war. (Lebhafte Hört-Hörtrufe bei den Mitgliedern der Einheitsliste). Wir haben zuerst geglaubt, dass es sich um Piloten handelt, die geschlagen waren und haben erst dort erfahren, dass es Schwebepiloten sind. Ich würde mich für dieses System nie entscheiden. Wenn man sich aber dafür entscheidet, muss eine ganz aussergewöhnliche Vorsicht in der Erprobung des Erdbereiches Platz greifen, es muss mit der Pilote das Erdreich abgetastet werden und früher war es auch üblich, dass in Anwesenheit eines Ingenieur des Bauamtes eine Probepilote eingeschlagen wurde. Diese strenge Kontrolle des Bauamtes wäre auch nötig gewesen. Wir haben aber Berichte von Augenzeugen, die behaupten, es sei geradezu schrecklich, in welcher rasanten Weise die Pilotage durchgeführt wurde. Ferner ist aus dem Protokoll, die übrigens nicht von Bauamt, sondern von der Baufirma verfasst sind, ersichtlich, dass bei den Aussenmauern, die zur Hälfte belastet sind, zwei Piloten geschlagen wurden, bei der Mittelmauer, die die doppelte Belastung hat, aber nur eine (Hört-Hörtrufe bei den Parteien der Einheitsliste) dass ferner die Piloten in der Mittelmauer 2'70 Meter, die doppelten Piloten an der Aussenmauer aber 3'20 bis 3'50 Meter lang sind, so dass also die Mittelmauer eine einreihige statt eine doppelreihige und ausserdem eine kürzere Pilotage hat. Wo die kürzesten Piloten sind, hat sich das Gebäude gesenkt. Wir Techniker können uns eine so unsinnige Verteilung für eine Fundierung nicht erklären. Der Stadtbaudirektor hat im Ausschuss behauptet, dass die Piloten neunzig Meter auseinanderstehen, während aus dem Plan hervorgeht, dass die Entfernungen zwar nicht immer gleich, aber wesentlich grössere sind. (Hört-Hörtrufe bei der Einheitsliste). An der Baustelle war angesichts der durchgeführten Rekonstruktionen nicht mehr viel wahrzunehmen. Wir halten es für zutreffend, dass man dort die Verstärkung durchgeführt hat, aber das Bauamt würde das, was es dort zulässt bei Privaten nie gestatten. Man hat zur Verstärkung zunächst Traversen untergezogen, unter diese Traversen eine Betonplatte gegeben, was ganz in Ordnung ist, aber diese Betonplatte auf blosser Gartenerde gelegt, in dem man sich einfach ausgerechnet hat, per Quadratmeter komme ein bestimmter Druck heraus und den werde die Gartenerde auch tragen. Es ist aber unsinnig und das Bauamt hat es auch nie zugelassen, und nicht auf einen tragfähigen Grund, dass eine noch so breite Platte auf die blosse Erde gelegt wird. Das ist gegen die Bauordnung und auch gegen alle Vernunft. Wir wollen nicht gerade behaupten, dass es jetzt zu einer Katastrophe kommen wird, aber gut ist es nicht, was dort gemacht wurde. Wir haben ferner konstatiert, dass die Beckenstege alle abgerissen sind, (Hört-Hörtrufe bei der Minderheit). Die Betondecken sind dünne Platten

und die Stege sind das tragende Element. Und gerade sie sind abgerissen und gebrochen. Der Baudirektor hat uns gesagt, man wird Konsolen machen und Traversen durchziehen. Wir haben auch mit der Wasserwaage gemessen und konstatiert, dass im ersten Stock der Boden auch schief ist. Gesehen haben wir freilich nichts, weil alles verputzt war, was ganz unverständlich ist. Der Herr Baudirektor muss zugeben, dass Saliger, wenn er untersucht, erst alles mit der Klampfe abschlagen muss, weil alles verschmiert ist. Unverständlich ist diese Art der Bauführung nicht. Vermutlich sind auch in der Decke Risse und da ist die Rekonstruktion ein technisches Problem. Dr. Muil hat gesagt, dass die Decke von oben mit einer Platte erfasst werden wird. Das ist nicht das Aergste. Das Aergste aber ist, dass die tragenden Teile nun nicht nur vom Druck, sondern auch vom Zug in Anspruch genommen werden. Wenn nicht zufällig in den Decken die Stäbe drinnen wären, wäre der Bau eingestürzt. (Erregung bei der Minderheit). Die Decke ist jetzt ganz gegen alle Vorschriften. Sie ist zwar noch nicht gebrochen, aber (mit erhobener Stimme) wann wird sie brechen. Jetzt ist noch keine Verschüttung darauf, kein Fussboden, keine Möbel und sie trägt auch noch keine Menschen. Dann aber wird sie Erschütterungen ausgesetzt sein. Das ist, Herr Bürgermeister, ein ganz unerträglicher Zustand.

Bürgermeister Seitz: Ich weiss nicht, warum Sie mich immer apostrophieren. Ich kann nur sagen, dass von der Gemeinde kein Bau übernommen wird, bevor nicht alle Garantien und alle Sicherheiten gegeben sind, dass der Bau richtig hergestellt wurde. Ich kann nicht prüfen, das ist Sache der Fachleute. In diesem Fall sind wir noch einen Schritt weiter gegangen und einer der ersten Techniker wurde ersucht, den Fall der genauesten Prüfung zu unterziehen. Wenn Sie wünschen, dass noch irgend welche Kapazitäten berufen werden sollen, wird Ihr Vorschlag in Erwägung gezogen werden, um alle Garantien von Fachleuten herbeizuschaffen, bevor der Bau übernommen wird.

G.R. Biber: Wenn ich den Herrn Bürgermeister apostrophiere, so tue ich das deswegen, weil ich glaube, dass der Bürgermeister mit einer ganz besonderen Verantwortung beladen ist, und auch deswegen, weil ich sehe, dass der Weg, den Sie gehen, nicht der richtige ist. (Beifall bei der Minderheit). Ich weiss nicht, was Saliger sagen wird. Ich würde ein Gutachten ablehnen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Techniker sagen kann, jetzt hält es. Der Redner bespricht sodann eingehend die Belastungsproben, gegen die er verschiedene Bedenken hegt, weil Belastungen zu Deformationen des Materials führen können. Ich kenne die Gefahren, mit denen die Techniker zu kämpfen haben, und ich bin der letzte, der mutwillig ein Wort sagen würde. Was aber geschehen ist, ist eine Katastrophe, und wenn man im Gemeinderat darüber nicht spricht, macht man sich mitschuldig. Wenn nicht offen darüber gesprochen würde, bestünde die Gefahr, dass die Sache aus den verschiedensten Belangen vertuscht werden würde. Um ein Unheil zu verhüten, musste die Angelegenheit öffentlich aufgezeigt werden. Wir waren deshalb verpflichtet, dies in offener Sitzung zu sagen und mit keinem Wort mehr als die Tatsachen bestehen. Der Redner wendet sich nun der Besprechung des Baues in der Hagenmüllergasse zu und erklärt, dass dort die Zustände noch ärger seien als in Heiligenstadt. Der Stadtbaudirektor hat gesagt, in Heiligenstadt wäre ganz verschiedenes Grundmaterial. In der Hagenmüllergasse aber haben wir ein ganz gewöhnliches Material, eine ganz gewöhnliche Lössch, ein angeschütteter Grund, wie er in tausenden von Quadratmetern in Wien verbaut wurde. In der Hagenmüllergasse haben sich zwei Mauern gesetzt. Man muss sich da darüber klar werden, dass da kein Maurer daran schuld sein kann. Wir sind gerade mitten in die Rekonstruktionsarbeiten hineingekommen. Die Mauern haben sich bedeutend mehr als die Mauern in Heiligenstadt gesetzt und zwar um etwa fünf bis sechs Zentimeter. Das ist eine Rekonstruktion ausgeschlossen. Bei der Hauptmauer haben wir auch eine Pilote gesehen. Während die Piloten in Heiligenstadt einen Durchmesser von 55 Zentimeter haben, in der Hagenmüllergasse haben sie nur 32 Zentimeter Durchmesser. Das ist ein ganz kollossaler Unterschied. Gemeinderat Millik hat mit einer Klammer die Pilote beschlagen und da hat es sich gezeigt, dass die Betonpilote

von ganz weichen Material ist. Auf ein solches Material ein Haus zu stellen, das darf das Bauamt nicht zulassen. Wir haben uns auch davon mit dem Lot überzeugt, dass die Mauerführung Abweichungen von 1'7 Zentimeter zeigt.

Es wird aber gesagt, dass sie Abweichungen von sogar 15 Zentimeter haben soll. Das ist ein Zustand, der ganz unmöglich ist. Das darf nicht bleiben. Berufen Sie keine Theoretiker zur Untersuchung, dulden Sie einfach den Zustand nicht, weil es der ganzen Technik und der Gemeindeverwaltung unwürdig ist, solche Bauwerke stehen zu lassen. Aus allen dem sind die Schlussfolgerungen, dass diese Zustände unerträglich sind und dass sie weder vorkommen noch bestehen bleiben sollen, ohne dass der zuständige Ausschuss davon erfährt.

Der Bürgermeister möge einen strengen Befehl an das Bauamt erteilen, das im Gemeinderat über alle Vorkommnisse berichtet wird, wenn sie nicht schon über Einschreiten des Bürgermeisters abgestellt werden. Bei den Gebäuden, die noch keinen Defekt zeigen, rate ich Ihnen, mit der grössten Strenge und Vorsicht vorzugehen. Was die Baufirma sagt, ist nicht massgebend. Sie müssen bei diesen zwei Baustellen und bei allen Bauten, bei denen diese Firma in den letzten Jahren Pilotagen vorgenommen hat, Probepilotierungen etwa in Abständen von zehn Metern vornehmen. Jedenfalls müsste aber ein ganz genauer Kontrollplan vom Stadtbauamt ausgearbeitet werden. Sie dürfen es der Wiener Bevölkerung nicht verargen, wenn sie angesichts so skandalöser und katastrophaler Verhältnisse etwas unruhig geworden ist. Hoffentlich lassen Sie sich diese Vorkommnisse als Lehre für die Zukunft dienen. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste).

GR. Pfeiffer (E.L.) bemerkt, er wolle als Nichttechniker sich mit den Ausführungen des Baudirektors nicht näher befassen und nur darauf hinweisen, dass in der Wiener Bevölkerung schon seit jeher davon gesprochen wird, dass unterhalb des Grundes auf der Heiligenstädterstrasse die Thermenlinie verläuft. Es ist auch auffallend, dass die Heiligenstädterstrasse nur auf der einen Seite verbaut ist und dass der Grund dort eigentlich immer nur zu Gartenanlagen verwendet wurde. Die Rede des GR. Biber hat geradezu erschütternd gewirkt und der Bürgermeister hat, offenbar um den Eindruck dieser Rede zu verwischen eine längere Zwischenrede gehalten, ein Vorgang der nach der Geschäftsordnung unstatthaft ist. Wenn sich der Bürgermeister dagegen gewendet hat, dass er als der Verantwortliche hingestellt werde, so ist er nicht im Recht. Der Bürgermeister muss stark genug sein, die Verantwortung zu tragen und als Chef der Verwaltung ist er auch für das verantwortlich, was das Stadtbauamt tut. Die Frage der einstürzenden Bauten im XIX. Bezirk ist nicht nur eine technische Frage, sondern auch eine wirtschaftliche und eine finanzielle Frage. Denn ungefähr ein Drittel der gesamten Gemeindeausgaben werden für Wohnbauten ausgegeben. Wir müssen neuerlich bekräftigen, dass die Art, wie von der Gemeinde Wien Wohnbaupolitik betrieben wird, nicht unsere Zustimmung finden kann und wir müssen uns auf's schärfste dagegen wenden, dass in einer so unzweckmässigen, ja geradezu verbrecherischen Weise gebaut wird, wie dies in der letzten Zeit geschehen ist. Es genügt nicht, wenn erklärt wird, dass die Bauten, bevor sie übernommen werden, darauf überprüft werden, ob sie in Ordnung sind. Denn schon während des Bauens werden grosse Voranzahlungen an die betreffenden Firmen geleistet und wenn einmal entschieden wird, dass ein Bau nicht übernommen werden kann, besteht gar keine Möglichkeit, diese Beträge zurückzubekommen. Was GR. Biber hier vorgeführt hat, stellt geradezu eine Katastrophe in Aussicht, die für die sozialdemokratische Partei natürlich von den unangenehmsten Folgen begleitet wären. Glauben Sie nicht, dass ich die Sache hier parteipolitisch auszunützen versuchen werde. Ich würde dem Herrgott danken, wenn alles das nicht wahr wäre, was GR. Biber gesagt hat. Aber das können wir einstweilen noch nicht glauben. Die Mehrheit müssen wir

aber auffordern, sich zu besinnen, um in Zukunft eine Frage, die die ganze Bevölkerung betrifft, nicht mehr nur vom parteipolitischen Standpunkt zu behandeln. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste).

GR. Kunschak (E.L.) bemerkt, er habe den Stadtrat Breitner noch nie so bescheiden und kleinlaut und auch nicht so sachlich abgestimmt gesehen, wie heute. Es ist merkwürdig, dass jetzt auf einmal Stadtrat Breitner findet, eine Frage solle nur vom sachlichen und nicht vom politischen Standpunkt beurteilt werden. Wenn wir darin ein Erkenntnis zur besseren Einsicht erblicken könnten, würden wir uns freuen. Aber Stadtrat Breitner macht hier aus der Not eine Tugend. Zunächst handelt es sich hier gewiss um eine rein technische Frage. Aber darüber hinaus steht die Frage zur Besprechung, ob das Verwaltungssystem ein einwandfreies ist, das bei den ganzen städtischen Wohnhausbauten eine entscheidende Rolle spielt. Die Vorkommnisse in Heiligenstadt und im 3. Bezirk sind nicht die einzigen traurigen Erscheinungen auf dem Gebiete der städtischen Bauten. Wir haben schon einmal beim Einsturz der grossen Ziegelhausanlage am Laaerberg eine Baukatastrophe erlebt, bei der wir nur hart an Menschenopfern vorübergegangen sind. Auch bei anderen Wohnhausbauten haben sich schwere Gebrechen ergeben, so in der Wehlstrasse, im Lassallehof, wo es Senkungen gegeben hat und wo die Feuerungsanlage in einem so skandalösen Zustand war, dass die Polizei Rauchvergiftungen bei Wohnparteien konstatierte, es hat den Einsturz eines Stiegenhauses bei einem Wohnhausbau gegeben. Das alles kennen wir allerdings nur aus der Perspektive. Denn bisher galt der mit aller Brutalität vertretene Standpunkt, auf städtischen Bauten habe die Opposition nichts zu suchen.

Es war ein förmlicher Spitzeldienst in jedem Gemeindebau, damit nur ja kein Gemeinderat das Innere einer Baustelle betreten kann. Alle diese Erscheinungen bis zu den letzten Ereignissen zeigen eine ununterbrochene Kette von ganz unerhörten Zuständen im Bauwesen der Stadt Wien. (Lebhafte Zustimmung bei der Einheitsliste). Diesmal konnte man die Opposition nicht mehr ausschliessen, da die Baugeschehen ein offenes Geheimnis waren, und so hat man uns den Lokalausganschein zugestanden. Vielleicht ist dafür das persönliche Moment massgebend, dass Stadtrat Breitner eine noch jungfräuliche Vorstellung vom Zustand der städtischen Baustellen hat und so naiv ist zu glauben, man könne dort auch ruhig einen Christlichsozialen zulassen. (Lebhafte Heiterkeit und Zustimmung bei der Einheitsliste). Der Bericht des GR. Biber war geradezu erschütternd und man steht überall vor einem Fragezeichen. Die Setzungen in der Hagenmüllergasse haben sich schon gezeigt, als das erste Stockwerk aufgesetzt wurde. Trotzdem hat man ein zweites und drittes Stockwerk daraufgesetzt. Wo bleibt da die Kontrolle des Stadtbauamtes und des Kontrollamtes? Wenn das Kontrollamt nicht gesehen hat, was sich auf diesen beiden Bauten zugetragen hat, so hat er seine Pflicht versäumt, das aber gesehen, so war es verpflichtet, dem Gemeinderat darüber zu berichten. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste). Der Bericht des Stadtbaudirektors sagt uns gar nichts und wenn er seine Dissertation mit dem geistigen Inhalt gemacht hätte, wäre er auf der Technik glatt durchgefallen.

Bürgermeister Seitz ersucht, persönliche Angriffe gegen Beamte zu unterlassen,

GR. Kunschak (E.L.): Ich habe gegen den Stadtbaudirektor persönlich gar nichts, aber wenn ich mir ihn als den Mann vorstelle,

er sich in seinem Leben nie mit Hochbauten, dafür aber mit dem grössten Verdienst mit dem Verkehrswesen beschäftigt hat, so habe ich vor ihm die grösste Hochachtung. In der Zeit, in der die Haupttätigkeit der Gemeinde Wien auf Hochbauten gerichtet ist, steht er auf einem nutzlosen Posten. Aus den Worten des Baudirektors geht hervor, dass das System Stern gut sei. Was für Skandale müssen sich auf zwei Bauten abgespielt haben, dass dort das Erprobungssystem versagt hat. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste). Was für Bauorgane müssen auf den zwei Bauten sein, die das alles nicht gesehen, es nicht rechtzeitig gemeldet und wie es bei jedem privaten Bau der Fall ist, die Einstellung des Baues verfügt haben! Wie ist diese Entwicklung des Stadtbaumeister zu erklären, das internationalen Ruf gehabt hat. Alles das war nur deshalb möglich, weil man die Verwaltung politisiert und durch das System der aussertourlichen Beförderungen und aussertourlichen Zuwendungen korumpiert hat. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste). Die Beamten unterliegen seit Jahren einer schweren Versuchung, der natürlich die grosse Menge, aber nicht alle, Widerstand zu leisten die Kraft haben. Die Bauaufsichtsbeamten wissen ja nicht, ob sie sich nicht durch die eine oder andere Verfügung gegen eine Firma oder gegen eine bestimmte Arbeitergruppe im Rathaus nicht misslieblich machen. Die Liste der Pensionierten und versetzten Beamten würde genug Beweismaterial liefern, wie man aufrechte Beamte in dieser Stadt nicht duldet. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste). Man rühmt sich, dass man zur eigenen Beruhigung einen Sachverständigen berufen hat. Gleichzeitig sagt aber der Stadtbaudirektor, dieser Sachverständige kann zu keinem anderen Ergebnis kommen, als wir. Eine deutlichere Einschüchterung kann man einem Sachverständigen nicht auf den Weg geben. Der Bürgermeister tröstet uns damit, dass der Bau nicht über Lohnsumme genommen wird. Das heisst, dass man dem Bauführer die restliche nicht bezahlen wird. Was geschieht aber mit dem Material, das einen viel höheren Wert repräsentiert als die Löhne. Das ist nicht der Sinn der Baupolizei. Den Bau kann man nicht am Schluss beobachten, sondern nur, solange er wächst. Hätten wir nicht die Möglichkeit ergriffen, bei den zwei Bauten Einschau zu halten, so würden wir in vierzehn Tagen nichts mehr sehen, da man schon einen grossen Teil der Betonröhre verputzt hat. Aber selbst wenn die Rekonstruktionen gelingen, so ist - das weiss jeder Laie - wenn einmal die natürliche Spannung in dem Bauwerk gelöst wird, der Bau ein Pfuschwerk, das nichts mehr zu bedeuten hat.

Wir sind überzeugt, dass wenn nicht zufällig diese Dinge angekommen wären, Sie jedem als Lügner erklären würden, der davon spricht. Ueber dem ganzen liegt das System des Vertuschens. Das Stadtbaumeister hat hier eine ganz merkwürdige verkehrte Stellung. Es ist das Stadtbaumeister zugleich Baupolizei und Bauherr. Wir haben wiederholt erklärt, dass es für die Gemeinde nicht zuträglich ist, in diesem grossen Umfang Bauherr zu sein (Beifall bei der Minderheit). Alle grösseren Städte, auch die mit sozialdemokratischer Verwaltung, haben sich vom eigenen Wohnhausbau abgewendet. Sie haben den privaten Wohnhausbau durch Subventionen gefördert. Ich habe hier schon einmal erklärt, dass Sie den Tag verfluchen werden, an dem Sie dieses System aufgerichtet haben. Nun kommt dieser Tag immer näher. Wenn auch das, was heute vorgebracht wurde, noch nicht das Sedan ist, so stehen wir doch bereits vor den Toren von Sedan. Sie haben den Skandal mit dem Herrn Haas und Sie haben den Konkurs der Steinag. Ihre Verwaltung, die durch und durch politisiert ist muss sich auflösen in einen Sumpf der Korruption. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit).

Ueber alles aber steht das Interesse für die beiden hier so ausführlich besprochenen Fälle, weshalb ich folgenden Antrag stell:

Zur Durchführung der Untersuchung der Baugebrechen an den in Ausführung begriffenen städtischen Wohnhausbauten in der Hagenmüllergasse im III. Bezirk und der Heiligenstädterstrasse im XIX. Bezirk, ihres Umfanges und ihrer Ursachen wird gemäss Paragraph 65 der Gemeindeverfassung eine Untersuchungskommission, welcher sechs nach den Bestimmungen des Paragraph 67 der Gemeindevahlordnung zu wählende Mitglieder des Ausschusses für technische Angelegenheiten, weitere je zwei Vertreter des Professorenkollegiums der Wiener technischen Hochschule, der Genossenschaft der Bau- und Steinsetzmeister in Wien und der Versuchsanstalt für Bau- und Maschinenmaterial des technologischen Gewerbemuseums angehören, eingesetzt mit der Aufgabe, dem Gemeinderat über das Ergebnis ehestens zu berichten.

Am der Annahme oder Ablehnung dieses Antrages werden wir erkennen, ob es Ihnen ernst ist in diese Dinge Ordnung zu bringen oder ob Sie diese technische Katastrophe auch zur politischen Katastrophe werden lassen wollen (Stürmischer Beifall bei der Minderheit).

Baudirektor Ingenieur Dr. Musil erklärt, dass seine frühere Tätigkeit sich keineswegs nur auf das Verkehrswesen beschränkt habe. Es sei auch ein Widerspruch, wenn gesagt worden ist, dass Stadtbaumeister sei durch die Ereignisse derart verwirrt, dass es den Professor Saliger gerufen hat. Er versichere, dass das Bauamt diese Berufung nur deshalb gefordert hat, um die Bevölkerung zu beruhigen.

Der Baudirektor verliest nun den Brief, den das Bauamt an den Professor Saliger geschrieben hat und aus dem hervorgeht, dass keinerlei Beeinflussung dieses Gelehrten erfolgt ist.

Was die Anzahl der Pfehle anlangt, so ist dafür der Rammbefund massgebend. Die Pfehle mit einem Durchmesser von 35 Zentimeter tragen weniger, als die mit 52 Zentimeter, woraus sich als nur ein scheinbarer Widerspruch ergibt. Beim Bau in der Hagenmüllergasse wurde ein überhängender Mauerteil bis zu fünf Zentimeter festgestellt. Es gibt in Wien aber sehr viele Gebäude, die bis zu fünfzehn Zentimeter überhängen. Das hat keineswegs jene Tragweite, die diesem Ereignis heute beigegeben worden ist (Beifall).

Gemeinderat Rumelhardt: Die Bevölkerung applaudiert nicht!

GR. Kunschak sagt, dass der Baudirektor selbst an den Professor Saliger geschrieben hat, die Senkungen haben sich allmählich bei Aufbringung der Lasten gezeigt. Wenn so etwas sich zeigt, dann muss der Bau eingestellt werden. Sie aber haben lustig weitergebaut. Das ist ein Beweis, dass hier eine sträfliche Nachlässigkeit vorliegt. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Dr. Panneberg: Es wurde hier der Antrag gestellt, dass ein Untersuchungsausschuss eingesetzt werden soll, dem ausser Mitgliedern des technischen Ausschusses auch andere Leute als Nichtmitglieder des Gemeinderates anzugehören haben. Ich erkläre hier namens meines Klubs, dass wir mit dem Wesen des Antrages einverstanden sind. Jedoch erscheint und die Form des Antrages mit den Bestimmungen der Gemeindeverfassung nicht vereinbar. Ich möchte daher folgenden Antrag zur Annahme empfehlen:

Der Ausschuss der Gruppe V wird beauftragt die Baugebrechen an den in Ausführung begriffenen städtischen Wohnhausbauten in der Hagenmüllergasse im III. Bezirk und der Heiligenstädterstrasse im XIX. Bezirk zu untersuchen. Er kann zu diesem Zweck auch einen Untersuchungsausschuss einsetzen und hat jedenfalls im Sinne des Paragraph 65 der Gemeindeverfassung Mitglieder des Professorenkollegiums der Wiener Technischen Hochschule, der Genossenschaft der Bau- und Steinsetzmeister, der Versuchsanstalt für Bau- und Maschinenmaterial der technischen Gewerbemuseums so wie etwa sonstige Fachleute als Sachverständige beizuziehen.

GR. Breitner: Gegenüber den Bemerkungen, dass ich in meinen einleitenden Worten mich so kurz gefasst habe, stelle ich fest, dass es sich hier um Fachfragen handelt, die ich als Laie nicht behandeln will. Es hat aber die Debatte einen rein politischen Charakter angenommen, so dass ich auf diese Einwendungen eingehen muss. Vor allem muss ganz ausdrücklich hervorgehoben werden, dass die Gemeinde nicht selbst baut. Alle Wohnhausbauten werden an Privatfirmen vergeben. Wir sind also nur verpflichtet bei der Auswahl dieser Firmen die grösste Vorsicht zu walten zu lassen, die Arbeit nicht an einen Pflücker zu vergeben. Es ist also gar nicht so, dass wir für alle diese Dinge die Verantwortung zu tragen haben. Diese Verantwortung hört auch für die private Baufirma dann nicht auf, wenn wir unsere Organe auf den Bauten haben. Die Baufirmen haften der Gemeinde für alle Schäden noch drei Jahre nach der Uebergabe des Hauses. Wir haben in den beiden hier erwähnten Fällen eine Baufirma ausgewählt, die auf dem Gebiet des Betonbaues einen ausgezeichneten Ruf genießt. Es ist dies die Baufirma A. Porr, die nunmehr mit der allgemeinen Oesterreichischen Baugesellschaft fusioniert wurde. Auch diese Baufirma zählt zu den angesehensten auf dem Wiener Platz. Sie gehört zum Konzern der Oesterreichischen Bodenkreditanstalt, deren Direktor ihr Präsident ist, der schon erwähnte Baudirektor Stern, der Vizepräsident ist der schon erwähnte Baudirektor Stern, der System der Pfahlbetonierung erheblich verbessert hat. Wenn hier irgend ein Schaden entsteht und wenn selbst die völlige Demolierung der Objekte notwendig wäre, dann kann der Gemeinde keine Schädigung erwachsen und es ist daher leichtfertig, wenn heute davon gesprochen wird, dass die Gemeinde um 295 Millionen geschädigt ist. Ich möchte hier aus dem Vertrag mit der Firma Porr die Formel dem Gemeinderat zur Kenntnis bringen, die das/ sehr deutlich und unwiderleglich ausspricht. Es heisst da: "Wir haften Ihnen für die Güte unserer Arbeiten derart, dass wir uns verpflichten, alle Mängel, welche nachweisbar auf Fundierungsarbeit, insbesondere aber auf ungleichmässige Setzungen zurückzuführen sind, kostenlos zu beseitigen, anderenfalls Sie berechtigt sind, diese Arbeiten auf unsere Kosten anderweitig durchführen zu lassen." (Hört! Hört! bei der Mehrheit).

Sie sehen aus diesem Vertrag, der am 22. April 1927 abgeschlossen wurde und vom technischen Ausschuss einstimmig genehmigt worden ist, dass eine Schädigung der Gemeinde vollkommen ausgeschlossen ist. Ich möchte feststellen, dass auch die Uebertragung der Arbeit an die genannte Firma einstimmig vom zuständigen Ausschuss genehmigt wurde.

Was nun die Materiallieferungen durch die Gemeinde anlangt, so stehen die Dinge nicht so, dass schlechtes Material die Firma aus der Haftung bringt. Die Firma übernimmt ja das Material an Ort und Stelle. Uebernimmt sie schlechtes Material, so ist sie für etwaige Schäden genau so haftbar, wie wenn sie das Material selbst gekauft hätte. Vor dem Krieg hat die Gemeinde auch verschiedene Bauten aufgeführt. Damals wurden wohl nicht Sand und Ziegel von der Gemeinde beigegeben, aber Zement. Dies geschah deshalb, weil auch die frühere Verwaltung das Empfinden gehabt hat, dass es sich da um ein wichtiges Material handelt, dass der schärfsten Kontrolle unterstellt werden müsse.

Wenn man heute Ihre Ausführungen anhört, dann müsste man meinen, dass früher in Wien nie Beugebrüche vorgekommen sind. Ich könnte Ihnen eine lange Liste von grossen Einstürzen anführen, will aber nur auf die verhängnisvollen Fundierungsschäden bei einem Hause in der Latschkagasse und in der Heiligenstädterstrasse, den Deckeneinsturz durch vier Geschosse bei einem Neubau in der Wehringerstrasse, dem Fundamenteinsturz in der Liechtensteinstrasse, dem Feuermauereinsturz in der Albertgasse, dem Nachgeben der Fundamente in einem schon fertigen und bezogenen Hause Meynertgasse, die Notwendigkeit zahlreicher Decken nach Fertigstellung des Konzerthauses verweisen, wo überdies Tote zu beklagen waren. Bei der Aspernbrücke, die Sie gebaut haben, hat sich eine Senkung von acht Zentimetern gezeigt. Sie sehen also, dass unter Ihrer Verwaltung solche Dinge vorgekommen sind.

Wenn Gemeinderat Eiber hier erzählt hat, dass wir etwas vertuschen wollten, so muss ich feststellen, dass die Angelegenheit am

Mittwoch im technischen Ausschuss ausführlich besprochen wurde. Ich habe während der Sitzung an den Herrn Gemeinderat Eiber die öffentliche Anfrage gerichtet, ob der der Anschauung ist, dass gegen dieses Fundierungssystem so schwerwiegende Bedenken bestehen, dass man es nicht anwenden soll. Wir würden es dann sofort aufheben. Gemeinderat Eiber hat erklärt, dass man so leicht über einen technischen Fortschritt nicht urteilen könne. Ich habe auch nach der Sitzung, als die Kommission zur Besichtigung des Baues gewählt worden war, dem Herrn Gemeinderat Eiber gebeten, er möge als Fachmann mit aller Schärfe diese Gebrechen prüfen und mich als Laie unterstützen. So steht es in Wirklichkeit mit den Bestrebungen zur Vertuschung.

Es ist ganz unzulässig und sehr ungerecht, gegen unser Stadtbaumeister, weil einer privaten Bauunternehmung ein schwerer Schaden passiert ist, den Vorwurf der Verschleppung zu machen. Als Vertreter des Stadtrates technische Angelegenheiten weise ich mit allem Nachdruck diese Angriffe auf Männer zurück, die von frühem Morgen bis in die späte Nacht ein mühevolleres Werk treu und hingebungsvoll verrichten. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit). Die Leistungen des Stadtbaumeisters gerade in den letzten Jahren sind in der ganzen Welt bekannt und Bauten wie das Amalienbad, die Kinderübernahmestelle, der Puchsenfeldhof, Bebelhof, Reumannhof und so weiter sind Ehrenzeugen der Tätigkeit dieses Amtes. Mit aller Entschiedenheit werden wir uns aber dagegen verwahren, dass aus diesem technischen Missgeschick einer Baufirma gegen die Wohnbaupolitik der Gemeinde und damit auch gegen den Mieterschutz Stimmung gemacht wird. (Lebhafter Beifall und Handklatschen bei der Mehrheit).

Bürgermeister Seitz leitet nun die Abstimmung ein. Als der Bürgermeister erklärt, dass ein Antrag und ein Gegenantrag vorliegt, protestieren dagegen die Mitglieder der Parteien der Einheitsliste. Darauf erklärt der Bürgermeister, dass der Antrag Dr. Danneberg formal ein Gegenantrag sei, weil der Antrag Kunschak in seiner Form formal nicht möglich ist. Der Bürgermeister erteilt zur Abstimmung dem Gemeinderat Kunschak das Wort, der den Gemeinderat Danneberg ersucht, seine Worte zu wiederholen, dass der modifizierte Antrag Kunschak angenommen werden möge. Schliesslich wird der Antrag Danneberg einstimmig angenommen.

Der Gemeinderat schreitet nun zur Erledigung der Tagesordnung und verhandelt zunächst die Uebernahme einer Ausfallsbürgschaft für Zusatzexporte nach Russland bis zu einer Höhe von 70 Prozent des ausbedungenen Lieferungspreises bei einem Gesamtfakturenbetrag von 100 Millionen Schilling in Gold.

Das Referat darüber erstattet Stadtrat Breitner, der ausführt, dass es sich um eine wirtschaftliche Vorlage von grosser Bedeutung handelt. Auch Deutschland hat ein Gesetz mit dem Zweck beschlossen den Export nach Russland zu heben. Die Oesterreichische Regierung hat gleichfalls im Nationalrat ein gleiches Gesetz eingebracht, das auch angenommen wurde. Die Vorlage hat aber das erhoffte Ergebnis nicht gezeigt. Dies und der Wunsch, die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, war die Ursache für Wien, die Vorlage einzubringen. Die Neuordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Russland hat es mit sich gebracht, dass der einzelne Kaufmann verschwunden ist. Dafür aber steht dem Importeur nach Russland ein einziger Abnehmer gegenüber. Ein Wechsel mit der Haftung des russischen Staates hat mehr Anwert auf den Märkten. Die Regierung gibt bloss einen Kredit und das hat nicht die ausgleichende Kraft gehabt. Wir haben im Frieden reichliche wirtschaftliche Beziehungen zu Russland gehabt, und heute sind es besonders die Maschinindustrie und die Elektroindustrie, die für den Export nach Russland in Betracht kämen.

Stadtrat Breitner sodann die einzelnen Bestimmungen der Vorlage und erklärt, dass er überzeugt sei, dass aus der Uebernahme der Ausfallhaftung kein nennenswertes Risiko entstehen wird und dass Russland seine Verpflichtungen unter allen Umständen leisten wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

GR. Zimmerl (E.L.) erklärt, dass die Gemeinde Wien eigene Wege gegangen sei, unbekümmert um das Bundesgesetz, das denselben Gegenstand behandelt. Der Redner wünscht, dass die Ausfallhaftung auch diejenigen Firmen einbezogen werden, die bisher das Russlandgeschäft gepflegt haben, dazu aber nicht mehr in der Lage sind, weil sie ihre Kapazität nicht ausnützen können oder weil sie amortisiert sind. Er spricht sein Bedauern darüber aus, dass die Entscheidung dem Magistrat und nicht einer gemischten Kommission überlassen werde. Gegen die Vorlage habe seine Partei aus politischen Gründen Bedenken, da die Russen wo sie politische oder kommerzielle Vertretungen haben, dies zur bolschewistischen Propaganda benützen. Dies sei umso bedenklicher für die Stadt Wien, wo die sozialdemokratische Partei faktisch den Bolschewismus in das Wirtschaftsleben gebracht hat. Der Redner erklärt, dass seine Partei sich der Abstimmung über die Vorlage enthalten werde. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste).

GR. Dr. Wagner (E.L.) spricht sein Bedauern darüber aus, dass diese Vorlage, die seinerzeit übrigens für die Wahlagitation benützt wurde, so spät eingebracht worden sei, da die Bundesländer mit ihren Vorlagen auf diese Wiener Vorlage gewartet haben. Der Redner charakterisiert, das Russlandgeschäft als ein durchaus defizitäres Geschäft und weist darauf hin, dass darin die grosse Gefahr des Russlandgeschäftes liege. Bedenklich ist insbesondere die Bestimmung der Vorlage über die viereinhalbjährige Laufzeit, sowie die Bestimmung über die sogenannten Zusatzexporte. Es wird ungeheuer schwer festzustellen sein, welche Firmen solche Zusatzexporte durchführen und es besteht die Gefahr, dass durch Strohmänner Firmen, die sich bisher in Russlandgeschäften nicht betätigt haben, die Ausfallhaftung vor allem bekommen. Man dürfte nur solche Firmen heranziehen, die in Russlandgeschäften schon jahrelang Erfahrung haben.

Der Redner schliesst mit der Erklärung, es sei trotz aller Mängel der Vorlage und trotz des schweren Verdachtes, dass sie von der Mehrheit parteipolitisch werde missbraucht werden, nicht gut möglich gegen das Gesetz zu stimmen. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste).

Stadtrat Breitner stellt fest, dass kein einziges der Bundesländer, in denen die Mehrheit mit der Mehrheit im Nationalrate übereinstimme, einen Beschluss auf Grund des Gesetzes des vom Nationalrates beschlossenen Gesetzes über das Russlandgeschäft gefasst haben.

Der Bund trägt kein solches Risiko wie die Gemeinde, die eine Ausfallhaftung trägt. Hier handelt es sich um Steuergelder. Es ist ganz richtig, dass man dem Magistrat die Befugnisse übertragen habe. Der Hinweis auf Deutschland ist nicht ganz richtig, weil wir hier eine grosse Arbeitslosigkeit haben und im ungleichen Wettbewerb mit der technisch hochentwickelten reichsdeutschen Industrie stehen.

Ich glaube, dass wir nach sorgfältiger Erwägung kein Risiko zu tragen haben. Wir müssen aber alle Anstrengungen machen, um diese schwere Zeit, die unsere Industrie und Arbeiterschaft mitzumachen hat, hindüberzukommen. Die Vorlage ist ein Weg dazu. Wir geben unser heimischen Produktion ein Instrument in die Hand, wir erfüllen unsere Pflicht und hoffen, dass es zu einem guten Gedeihen führt. (Lebhafter Beifall)

Die Vorlage wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der beiden Grossdeutschen angenommen.

Schluss der Sitzung 10 Uhr nachts.